

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 5 – Maßregelvollzugsgesetz

Dazu sagt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988-1503
Fax: 0431 / 988-1501
Mobil: 0172 / 541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 082.08 / 27.2.2008

Ohne mehr Platz, mehr Personal und mehr Therapie bleibt das Maßregelvollzugsgesetz ein Papiertiger

Die Forensiken, in denen nicht schuldfähige StraftäterInnen leben, sind bundesweit, insbesondere aber in Schleswig-Holstein überfüllt.

Über die negativen Folgen von inhumaner Enge der Untergebrachten in viel zu kleinen Räumen, sogar von Misshandlungen durch die Beschäftigten, sowie mangelnde therapeutische Arbeit hat die Antifolterkommission der Europäischen Union nach ihrem Besuch 2005 in der Neustädter Forensik kritisch berichtet.

Leider gehen auch seither die baulichen Erweiterungen und die Fortbildung für die MitarbeiterInnen langsamer voran, als sich die Forensiken in Schleswig und Neustadt füllen.

Nach wie vor gibt es im Vergleich zu anderen Forensiken in Schleswig Holstein besonders lange Aufenthalte und immer noch häufig nach der Therapie Probleme, den Übergang in die Freiheit konsequent und erfolgreich zu gestalten.

Die Landesregierung hatte letztes Jahr gesetzliche Veränderungen des Maßregelvollzugsgesetzes vorgelegt, wozu die beiden großen Fraktionen und die FDP jeweils verschiedene weitere Nachbesserungen vorgeschlagen haben.

1/2

Die Vorschläge der FDP im Hinblick auf die Rechte der PatientInnen und ihrer anwaltlichen Vertretung sind am konsequentesten und deshalb haben wir diese Vorschläge unterstützt. Bei der Abstimmung zur Gesetzesfassung der großen Koalition werden wir uns enthalten.

Entscheidend für eine erfolgreiche Arbeit des Maßregelvollzugs ist aber eine quantitative und qualitative Verbesserung der räumlichen und der Personalsituation. Ohne gewaltige Nachbesserungen auf diesem Gebiet bleibt das Gesetz ein Papiertiger.

Die Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten in schleswig-holsteinischen Forensiken ist eine Verpflichtung des gesamten Landtages. An diesem Thema werden wir weiter dran bleiben.

Andere Bundesländer zeigen: Ein sicherer, humaner, von guter therapeutischer Fachlichkeit getragener Maßregelvollzug senkt die Rückfallquote drastisch.
